



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Linksextremismus keinen Freiraum mehr lassen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag spricht sich gegen die gezielten linksextremen Gewaltausschreitungen und Exzesse autonomer Gewalttäter, die sich anlässlich und während des G20-Gipfels in Hamburg zugetragen haben, mit aller Deutlichkeit aus. Vor allem die massive Gewalt gegen Polizeibeamte und gegen das Eigentum der Anwohner wird vom Landtag auf das Schärfste verurteilt.

1. Der Landtag fordert die Rückkehr zu Respekt und Achtung der Arbeit der Polizei – sie darf nicht verloren gehen – und dankt gleichzeitig den beim G20-Gipfel eingesetzten bayerischen Polizeibeamtinnen und -beamten für ihre Arbeit unter Einsatz von Leib und Leben.
2. Des Weiteren wird die Staatsregierung aufgefordert im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport mündlich über den Einsatz der bayerischen Polizeibeamten beim G20-Gipfel in Hamburg zu berichten, insbesondere über
 - Umfang des Einsatzes sowie Verletzungen von Polizeibeamtinnen und -beamten und Beschädigung des Einsatzmaterials,
 - Zeitpunkt und Umfang der Einbindung sowie Einwirkung des Staatsministers des Innern, für Bau und Verkehr, Joachim Herrmann, in die Vorbereitung und den Ablauf des Einsatzes beim G20-Gipfel,
 - Erkenntnisse zu den linksextremistischen Tätern beim G20-Gipfel, insbesondere ob auch Täter aus Bayern beteiligt waren.

Begründung:

Polizisten werden immer häufiger zum Ziel von gewalttätigen Angriffen mit zum Teil schweren Verletzungen. Die Intensität der Gewalt gegen Polizeibeamte, wie sie in Hamburg geschehen ist, ist mehr als alarmierend. Wir können nicht zusehen, wie die Menschen in Gefahr für Leib und Leben geraten, die selbst Bürgerinnen und Bürger vor solchen Verletzungen schützen wollen. Daher ist es wichtig und notwendig, dass der Landtag seinen Dank den Polizeibeamtinnen und -beamten ausspricht, die im Einsatz beim G20-Gipfel massiver Gewalt ausgesetzt waren. Gleichzeitig ist es erforderlich solche Gewaltexzesse mit aller Deutlichkeit zu verurteilen und der hier massiv zu Tage getretenen linksextremistischen Gewalt mit Entschiedenheit entgegen zu treten. Eine klare Absage an politisch motivierte Gewalttaten, wie sie der Linksextremismus zeigt, ist hier erforderlich. Linksextremistische Täter missbrauchen Demonstrationen und politische Themen für ihre Gewalttaten. Gesellschaft und Demokratie müssen vor linksextremistischen Taten geschützt werden. Rechtsstaatlichkeit gerät ins Wanken, wenn nicht die Grundwerte unserer Verfassung geschützt werden. Folglich ist es auch erforderlich den Einsatz zu analysieren und die Strategie der Täter unsere demokratische Grundordnung zu destabilisieren ins Abseits zu drängen. Zum Erhalt und zur Wahrung unserer Rechtsstaatlichkeit ist es umso mehr erforderlich, dass die Täter auch unmittelbar strafrechtlich zur Rechenschaft für ihr Handeln herangezogen werden. Hier ist zu hoffen, dass die strafrechtlichen Ermittlungen erfolgreich sind und den Gerichten zugeführt werden können.